

Niklaus Vontobel
und Florence Vuichard

Wenn eine Währung die Stärke einer Wirtschaft widerspiegelt - dann ist Grossbritannien tief gefallen. Das britische Pfund ist in Dollar derzeit so billig zu haben wie seit 50 Jahren nicht mehr. Doch die Briten können sich damit trösten, dass geteiltes Leid halbes Leid sein soll. Eine lange Reihe von Währungen fällt gerade auf Rekordtiefen, manche Länder mussten ihre Währungen gar schon stützen, bald vielleicht auch das stolze Grossbritannien. Wie die «Financial Times» titelt: «Händler wetten auf Notfall-Zinserhöhung nach Rekordtief des Pfunds».

Chinas Yuan ist zum Dollar so schwach wie seit dem Jahr 2008 nicht mehr, als die Finanzkrise das Vertrauen in die Währung untergrub. Und wiederum muss die People's Bank of China, die chinesische Notenbank, die Landeswährung stützen. Japans Yen ist ebenfalls gefallen, auf den tiefsten Stand seit der Asienkrise der späten 1990er-Jahre, und auch Japans Zentralbank griff in den Devisenmarkt ein. Der Euro kostet weniger als 1 Dollar, und ist damit auf den tiefsten Stand seit 20 Jahren abgerutscht. Und so liess sich die Liste der kriselnden Währungen fortsetzen: indische Rupie, thailändischer Baht oder koreanischer Won.

Inflation und Konjunktur bewegen Devisenmärkte

Die Häufung von Rekorden hat vor allem einen Hintergrund: In den westlichen Industriestaaten ist die Inflation zurückgekehrt, nachdem sie zuvor jahrzehntelang wie verschwunden gewesen ist; und die westlichen Zentralbanken haben mit einer Zinswende reagiert. Dabei ist eine Zentralbank im internationalen Vergleich besonders aggressiv: die amerikanische Federal Reserve Bank (Fed). Darum werden Gelder aus aller Welt



Pfund stürzt ab, Euro fällt auf Rekordtief

Rekordhohe Inflation, schnell steigende Zinsen - und nun noch ein Sturm an den globalen Devisenmärkten. Das hat auch Folgen für den Franken und die Schweiz.

Bild: Getty

abgezogen und in den USA investiert - zig Währungen verlieren zum Dollar an Wert. Das «Wall Street Journal» hat getitelt: «Der Anstieg des Dollars bringt Probleme für die Weltwirtschaft mit sich.»

Die US-Notenbank Fed geht unter Jerome Powell sehr entschlossen vor - und dies aus gutem Grund. In den USA ist besonders klar, dass es höhere Zinsen braucht. Die Inflation ist nicht nur durch den Energieschock und Lieferkettenprobleme hoch, sondern die Wirtschaft ist heiss gelaufen: die Arbeitslosenquote ist so tief wie seit den 1960er-Jahren nicht. Dieser Trend scheint bislang ungebremst - darum will die US-Notenbank bremsen. In anderen Teilen der Welt ist die Notwen-

digkeit von weiteren Zinserhöhungen weit weniger klar.

Der Euro auf einem 20-Jahre-Tief

Wie die USA haben derzeit auch europäische Staaten gerade an rekordhoher Inflation zu leiden. Das spricht dafür, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen weiter zügig heraufsetzt. Aber anders als in den USA sind auf dem alten Kontinent die konjunkturellen Aussichten unsicher, was gegen weitere Zinserhöhungen spricht. Europa steht nahe der Frontlinie eines Wirtschaftskriegs mit Russland - und nahe an der militärischen Front, wie UBS-Chefökonom Daniel Kalt ergänzt. «Europa ist viel stärker direkt von diesem Krieg und von

Putins Drohung mit Massenvernichtungswaffen betroffen als die USA und Asien.»

Womöglich kann sich Europa zwar bald aus der Energieabhängigkeit von Russland befreien - doch im Winter droht noch ein Energieschock. Aufgrund der hohen Energiepreise bleibt den Haushalten weniger Geld, der Konsum könnte schwer leiden - und damit das Wirtschaftswachstum. Somit ist zumindest die Wahrscheinlichkeit da, dass die EZB ihre Leitzinsen weniger aggressiv erhöhen wird, als es die US-Notenbank tut. Das wiederum schwächt den Euro.

In China ist die Regierung dabei, ihren Ruf zu verspielen. Nach der Finanzkrise von 2008 wurden Studien geschrieben, in denen ihr Erfolgsmodell erklärt

wurde: «Die grosse Rezession überstehen wie China.»

Doch es zeigt sich mehr und mehr, dass dieses Erfolgsmodell einem Immobilienboom zu verdanken ist, der nicht aufrechterhalten werden kann. Es wurde schlicht mehr gebaut, als es braucht, zumal die Bevölkerung bald schrumpfen wird. Nun ist die Krise da. Die Verkäufe sind eingebrochen, die Zahl der Neubauten auch, die Verluste drohen gigantisch zu werden. Experten schätzen, dass die Banken an die 350 Milliarden Dollar verlieren.

Wird der Franken von den Turbulenzen erfasst?

Der Franken hält sich relativ stabil, «er bleibt ein sicherer Hafen», sagt UBS-Chefökonom

Kalt. Doch anders ist dies derzeit kein Alleinstellungsmerkmal der Schweizer Währung. Denn der Dollar ist ein «noch sicherer Hafen», wie Kalt ergänzt: Weil er dank der US-Geldpolitik besser verzinst werde, und weil eben auch die Schweiz, wie ganz Europa geografisch näher am Krieg sei. So ist der Dollar zuletzt zum Franken stärker geworden, während der Euro schwächer wurde.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) scheint nicht gegen die Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro zu intervenieren - jedenfalls jetzt noch nicht. Denn die Erstarbung des Frankens hilft ihr bei der Bekämpfung der Inflation. «Doch verliert der Euro weiter an Wert, dann kommt der Punkt, bei dem die SNB eingreifen muss», sagt Kalt. «Sonst wird es für die Wirtschaft gefährlich.» Wo genau diese Grenze liegt, kann Kalt nicht sagen. Er geht davon aus, dass der Preis für 1 Euro nicht unter 90 Rappen sinken dürfe.

Die Schwäche des Euros und des Pfunds ist auch Ausdruck der wirtschaftlichen Unsicherheit - und diese wiederum könnte die Schweiz einholen. Sollte etwa Deutschland in eine Rezession abrutschen, trifft dies hierzulande den Export, was Arbeitsplätze gefährden und eine Rezession auslösen könnte. Noch ist dies jedoch bloss eine theoretische Möglichkeit: das Staatssekretariat für Wirtschaft erwartet keine Rezession.

Grosse Verwerfungen können auch Vorteile bringen. So ergibt der Absturz einiger Währungen die Chance, billiger als sonst in Thailand oder Grossbritannien seine Ferien zu verbringen. Wobei in Grossbritannien zugleich die Lebenshaltungskosten stark gestiegen sind. Schnäppchen-Jäger müssen genau hinschauen. Gleiches gilt für Einkaufstouristen: Der Euro wird zwar schwächer, doch in Deutschland steigen die Preise schneller als hierzulande.

Der Gasverbrauch in der Schweiz sinkt um 17 Prozent

Der Bund liefert keine aktuellen Zahlen. Doch es gibt Daten, die den Konsum von Haushalten und Industrie ziemlich gut abbilden.

Mark Walther

Die Schweiz hat ihren Gasverbrauch jüngst deutlich zurückgeschraubt. Im September liegt der Verbrauch bislang rund 17 Prozent unter dem Vorjahr. Im August war er sogar nur rund halb so hoch wie im vergangenen Jahr. In den letzten Tagen, als die Temperaturen sanken, stieg der Verbrauch an.

Diese Zahlen kommen nicht etwa vom Bund, der vor gut einem Monat zum Energiesparen aufgerufen hat. Sie stammen aus einer Analyse, welche diese Zeitung auf Basis der Daten zum Gasfluss in Europa vorgenommen hat. Der Verband Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas (Entso-G) veröffentlicht diese Daten laufend.

Dabei handelt es sich nicht um Verbrauchszahlen im direkten Sinn, sondern um die Gasmenge, welche die Schweiz importiert und nicht wieder exportiert. Weil das Land praktisch kein Gas speichern kann, ist es im Grunde eine einfache Gleichung: Was reinkommt, muss wieder raus - oder eben verbraucht werden. Die Differenz von Import und Export ergibt annäherungsweise den Verbrauch. Die wichtigsten Einspeisepunkte entlang der Schweizer Grenze sind in den Entso-G-Daten enthalten. Dazu gehören die Punkte der Transitleitung, welche die Schweiz durchquert und Deutschland, Frankreich und Italien miteinander verbindet. Bis zu 80 Prozent des in der Schweiz verbrauchten Gases kommt aus dieser Leitung.

Unternehmen handeln wegen Preisexplosion

Der Energietreuhänder Enerprice bereitet die Entso-G-Daten für seine Kundinnen und Kunden grafisch auf. Die Zahlen decken sich mit den Ergebnissen der Analyse dieser Zeitung. Enerprice hilft Grossverbrauchern bei der Beschaffung von Energie. Dass der Gasverbrauch tiefer ist als im Vorjahr, überrascht Geschäftsführer und Partner René Baggenstos nicht.

Er sagt: «Viele Unternehmen mit Zweistoffanlagen haben bereits von Gas auf Heizöl umgestellt.» Dies in erster Linie aus Kostengründen.

Der Bundesrat empfiehlt den Unternehmen mit einer solchen Anlage die Umschaltung per 1. Oktober. Das soll dazu bei-

tragen, das Gas-Sparziel von 15 Prozent zu erreichen, das sich die Schweiz - wie die EU - für das Winterhalbjahr gesetzt hat. In einem weiteren Schritt könnte der Bundesrat eine Umschaltung verordnen. Der Bund verfügt zwar über Zahlen zum Gasverbrauch, ist aber nicht in der

Lage, aktuelle Werte zu veröffentlichen. Dashboards zum Strom- und Gaskonsum sind in Arbeit, sollen im November respektive Dezember fertig sein.

Noch unklar ist, wie viel davon der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen wird. Eine Publikation sei geplant, soweit die gesetzlichen Grundlagen dies erlauben, sagt Marianne Zünd vom Bundesamt für Energie (BFE). Sie gibt aber zu bedenken: «Wir können Daten aus Industrie und Haushalten nicht beliebig publizieren.»

Import-Export-Daten sind tendenziell leicht zu tief

Die Entso-G-Daten liegen dem Bund vor. Sie sind ihm aber offensichtlich zu wenig verlässlich. Es braucht gemäss Zünd genauere Zahlen direkt von den Schweizer Gasversorgungsunternehmen. Gemäss Enerprice-Chef Baggenstos sind die Entso-G-Daten tendenziell leicht zu tief. Das hänge mit einem Übermittlungsfehler zusammen, den die Gaswirtschaft

Die Schweiz verbraucht dieses Jahr weniger Gas

Differenz zwischen Gasein- und -ausfuhr pro Monat, in Terawattstunden

■ 2021 ■ 2022 *2022: bis und mit 24. September.

